

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

24. SEP 1965

# TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/181

Bonn, den 24. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Schröders Position in Blickpunkt	61

Ungewißheiten im Vorfeld der Regierungsbildung

1a	<u>NORDRHEIN-WESTFALEN</u>	27
----	----------------------------	----

Nur noch geringer Abstand SPD - CDU

2 - 3	<u>Zwischenbilanz in Genf</u>	67
-------	-------------------------------	----

Nach der Vertagung der Abrüstungskonferenz

Von Pierre Sinowitzsch, Genf

4 - 5	<u>Parteitage in Großbritannien</u>	93
-------	-------------------------------------	----

Labour: Fünf-Jahres-Plan für die Nation

Konservative: Verwirrte Wählerschaft

Liberale: Zünglein an der Waage

Von Fritz Segall, London

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 888 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

## Schröders Position im Blickpunkt

### Ungewissheiten im Vorfeld der Regierungsbildung

sp - Wir schrieben gestern "Die Schlacht ist geschlagen- die Probleme sind geblieben". Das war zu einem Zeitpunkt, als sich wenige Stunden nach Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses bereits abzeichnete, welcher Art die gebliebenen Probleme sind. Die Erklärungen christdemokratischer Politiker, wonach man sich in Vorbereitung der künftigen Regierungsbildung auf die Erörterung von Sachfragen konzentrieren wolle, lassen darauf schließen, daß man genau das Gegenteil, nämlich Personalfragen, meint. Aber natürlich wird öffentlich darüber zunächst nicht geredet, obwohl jeder weiß, worum es geht.

Für die Fortsetzung der bisherigen Koalition brauchen die beiden christdemokratischen Parteien CDU und CSU die FDP. Diese hat jedoch im Wahlkampf und noch in der Wahlnacht mehrfach erklärt, sie werde sich nicht an einer Regierung beteiligen, in der auch ein Franz Josef Strauß Minister sein würde. Fällt die FDP jetzt um, dann braucht sie sich nach der Wahlniederlage vom 19. September keine Sorge mehr um ihre weitere Zukunft zu machen. Sie geht dann in die Geschichte der deutschen Parteien als der große Umfaller ein und kann sich danach selbst ausrechnen, wann sie in der Versenkung verschwinden wird.

Bleiben Merdes und seine Mannen hart, d.h. verweigern sie den Eintritt in eine Regierung, der auch Franz Josef Strauß angehören würde, dann bringen sie nicht nur die CDU sondern auch die CSU in Bedrängnis. Nur einer könnte dann den gordischen Knoten durchschlagen: Franz Josef Strauß. Er müßte in diesem Fall auf ein Ministeramt verzichten, was andererseits bedeuten würde, daß er sich auf den Sturz seines Parteifreundes, des Ministerpräsidenten Goppel in München, vorbereitet, um dessen Platz einzunehmen.

Strauß hat zwar selbst mit der ihm angeborenen Bescheidenheit und Zurückhaltung gesagt, es komme nicht auf Personen, sondern auf die Sache an. Wer jedoch den Mann kennt, weiß nur zu gut, daß für ihn die Sache und die Person unter bestimmten Umständen ein und dasselbe sind.

Im Hintergrund steht die Person des Bundesaußenministers Dr. Gerhard Schröder, von dem man behauptet, daß er Vorstellungen von einer zukünftigen deutschen Außenpolitik habe, die denen der Freunde des Franz Josef Strauß und des Altbundeskanzlers sowie CDU-Vorsitzenden Dr. Konrad Adenauer entgegengesetzt sind.

Franz Josef Strauß hat in der Woche vor der Wahl in Brüssel noch einmal gesagt, welche Rolle er in einem zukünftigen Kabinett spielen wolle: die des Gesamtdeutschen Ministers, dem das Ressort "Europa" angegliedert wird. Damit zielt Strauß gleichermaßen auf die Position Schröders und Merdes.

Im engen Kreis hat Franz Josef Strauß in Brüssel auch angedeutet, was er sich darunter vorstellt. Er will das Deutschland-Problem "europäisieren", die guten Beziehungen Frankreichs zu einigen osteuropäischen Staaten für die Lösung des deutschen Problems "nutzbar" ma-

chen und mit den Amerikanern ein Arrangement treffen, das diesen die Rolle eines wohlwollenden Beschützers Europas zubilligt.

Solche und ähnliche Gedanken dürften von nicht wenigen Mitgliedern des CDU-Präsidiums geteilt werden; der Unterstützung der CSU ist sich Strauß ohne Vorbehalt sicher.

Daraus ergibt sich, daß schon im Vorfeld der Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung Schwierigkeiten auftreten; deren Bedeutung für die weitere Politik der Bundesrepublik jedem sichtbar sein dürfte. Sollte Strauß dazu bewogen werden können, auf ein Ministeramt zu verzichten, dann wird er dies nicht ohne Zustimmung der CDU zur Änderung des bisherigen Kurses des Außenministers Dr. Schröder tun. Und wenn die CDU eine solche Zustimmung gibt, dann sind Schröders Tage gezählt, auch ohne einen Bundesminister Franz Josef Strauß.

+ + +

#### NORDRHEIN-WESTFALEN

-----

Nur noch geringer Abstand zwischen SPD und CDU

sp - Im industrie- und volkreichsten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, haben die Sozialdemokraten bei den letzten Bundestagswahlen ihre größten und eindrucksvollsten Erfolge erzielt. Hier war das Ringen um den Wähler und der Aufmarsch der Parteien am intensivsten. Die Spitzenrechner der großen Parteien durchzogen fast alle Orte und der Wahlkampf nahm hier schärfere Formen an. Hier lebt ein Drittel der Wähler der Bundesrepublik. Viele Hunderttausende besuchten Versammlungen, die beiden großen Parteien setzten in diesem Lande ihre stärksten Kräfte ein.

Das Ergebnis? Während die Unionsparteien im Bundesgebiet um 2,2 Prozent zunahm, verlor die CDU im Vergleich zu 1961 0,5 Prozent an Stimmen, erhöhte sich der Anteil der Sozialdemokraten über 5 Prozent. Das Ergebnis der letzten Landtagswahl wurde um 650 000 Stimmen übertroffen. Der Abstand zwischen CDU und SPD beträgt nur noch 4,6 Prozent, liegt also niedriger als im Bundesdurchschnitt. Besonders groß war die Zunahme an Stimmen für die Sozialdemokraten in den Großstädten, aber auch in den Landkreisen verbesserte sie beträchtlich auf Kosten der CDU ihre Position. In der linksrheinischen, mehrheitlich katholischen Gebieten mußte die CDU manche Feder lassen.

Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben für die im nächsten Jahr fälligen Landtagswahlen eine gute Ausgangsposition. Sie bereitet der CDU schon heute Sorgen, dämpft den Jubel der Bonner Nassestraße, der Bundeszentrale der CDU. Die Aussicht für die SPD, im nächsten Jahr in diesem Land die absolute Mehrheit zu erreichen, stützt sich nicht auf Befragungen der Meinungsforschungsinstitute, sie stützt sich auf die glänzenden Ergebnisse der fünften Bundestagswahl.

Zwischenbilanz in Genf

Nach der Vertagung der Abrüstungskonferenz

Von Pierre Simonitsch, Genf

Ohne Abkommen und reichlich zwiespältig endete in der vergangenen Woche die diesjährige Abrüstungssession, an die die Beobachter mancherlei Hoffnungen geknüpft hatten. Zwiespältig deshalb, weil die in der letzten Sitzung von den Delegierten beider Lager gehaltenen Reden in ihrer ungewohnten Schärfe mit dem eher optimistischen Schlußrapport für die UNO-Generalversammlung und den privaten Äußerungen der Diplomaten kontrastieren. Der von allen 17 Delegationen gebilligte Schlußrapport bescheinigt den "Glauben des Komitees, daß die Diskussionen und der Meinungsaustausch über die Hauptprobleme betreffend gewisse kollaterale Maßnahmen ein Abkommen im Laufe der künftigen Arbeiten des Komitees erleichtern".

Die Konferenz soll so rasch wie möglich nach der Abrüstungsdebatte an der UNO-Generalversammlung wieder aufgenommen werden. In einem privaten Gespräch am Vorabend der Vertagung hatte der sowjetische Chefdelegierte Zarapkin sogar der Hoffnung Ausdruck gegeben, ein Vertrag könne bereits während der UNO-Generalversammlung zustandekommen.

Positives...

Was steht auf der Aktivseite der diesjährigen Abrüstungskonferenz? Wohl in erster Linie die außergewöhnlich gute Atmosphäre außerhalb des Verhandlungssaales; darüber können auch die schärfsten Reden und Polémiken den an Orte befindlichen Beobachter nicht hinwegtäuschen. Dann die Unterbreitung der verschiedenen, wirklich ehrlich gemeinter Vorschläge und Verhandlungsdokumente: Der schwedische Plan einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Seismologie zur Entdeckung und Identifizierung von unterirdischen Atomversuchen ("Detection Club"); der amerikanische Entwurf eines Nonproliferationsabkommens; ein schwedisches und ein britisches Memorandum über den wissenschaftlichen Stand der

seismologischen Kontrollmethoden sowie eine amerikanische Abhandlung zum gleichen Thema; ein ägyptischer Vorschlag auf Verbot der unterirdischen Atomversuche über Erdbebenstärke 4,75 - die sich durch Seismographen identifizieren lassen sollten - mit einem gleichzeitigen unkontrollierten Moratorium auf Unterlassung aller Atomversuche unter dieser "Schwelle", die im übrigen nur bescheidenen militärischen Wert besitzen; der italienische Entwurf einer gemeinsamen Erklärung aller Nicht-Atomstaaten, während einer bestimmten Frist - man denkt an drei bis fünf Jahre - keine Nuklearwaffen herzustellen oder zu erwerben.

Dieser letztgenannte Vorschlag soll im Falle eines Mißerfolgs der gegenwärtigen Verhandlungen über ein Kontraktionsabkommen den nuklearen Status quo für einige Zeit aufrechterhalten, um ein umfassendes Nonproliferationsabkommen ausreifen zu lassen. Fünf der acht in Genf vertretenen Neutralen sowie Kanada haben diesem sogenannten Fanfani-Plan bereits ihre Unterstützung angedeihen lassen; sogar die Rumänen haben sich unverbindlich dafür interessiert.

#### ... und Negatives

Auf der Passivseite steht die völlige Unbeweglichkeit der sowjetischen Diplomatie, die nicht das geringste formale Zugeständnis machte, und die tragische Verquickung der wahrscheinlich bereits verblichener MLF in die ohnehin schon komplizierten Abrüstungsverhandlungen. Seit der Geburt der Idee einer multilateralen NATO-Flotte ist die politische und strategische Entwicklung nicht stehengeblieben. Gegenwärtig wenden sich die Studien und Verhandlungen innerhalb der NATO eher dem Vorschlag McNamaras eines "selektiven Planungskomitees" mit vier oder fünf Mitgliedern in Verbindung mit anderen praktischen Arrangements zu.

Das Abrüstungskomitee wird nun voraussichtlich im Januar wieder zusammentreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bis dahin ein nukleares NATO-Arrangement zumindest im Prinzip unter Dach ist. Dies hätte sicherlich eine Veränderung der Genfer Verhandlungssituation zur Folge. Wahrscheinlich wird die Sowjetunion einen Nonproliferationsvertrag im ureigensten Interesse zu dem Zeitpunkt unterzeichnen, als es ihr klar wird, daß die Angriffe gegen die MLF im leeren Raum verpuffen und sie eine Mitbeteiligung der Bundesrepublik an der nuklearen NATO-Strategie - welche Form diese Mitbeteiligung auch immer haben mag - nicht verhindern kann.

- 4 -  
Parteitage in Großbritannien

Labour: Fünf-Jahres-Plan für die Nation

Konservative: Verwirrte Wählerschaft

Liberal: Das Zünglein an der Waage

Von Eritz Segall, London

Edward Richard George Heath, von seinen Freunden "Ted" genannt, guter Musiker, früherer Bankier, jetzt im Hauptberuf Abgeordneter und Führer der konservativen Partei, hat anscheinend vor seiner eigenen Courage ein wenig Angst bekommen. Kaum war vor wenigen Tagen der Speaker des Unterhauses einem Infarkt erlegen und die Majorität der Regierung auf zeitweilig einen Abgeordneten gesunken, erklärte der Oppositionsführer, daß seine Partei auf sofortige Neuwahlen vorbereitet sei.

Unsichere Tories

Mit dieser Verkündung waren seine Parteifreunde sehr wenig einverstanden. Noch fährt Heath selbst an den Wochenenden in die Wahlbezirke, um die Wähler zu überzeugen, daß die Unterhausfraktion der Konservativen in ihm den besten Nachfolger für Sir Alec Douglas-Home gefunden hätte. Das stereotype Lächeln von Heath, das Vertrauen erwecken und Sorglosigkeit ausdrücken soll, wird von seinen Anhängern mit Vorsicht, ja mit Zurückhaltung aufgenommen. Die sehr weit nach rechts abgerutschte Wochenzeitschrift "Der Ökonomist" klagt über ihn: "Bis jetzt hat Herr Heath einen sehr effektiven Eindruck im Fernsehen, (wo ihm nicht widersprochen werden konnte), "weniger aber im Parlament gemacht", und seine "Schlagworte über Leistungsfähigkeit werden zukünftig nicht ausreichen". Anfang nächsten Monats wird Heath ein Statement veröffentlichen, das parteiprogrammatische Richtlinien enthält, die von der Jahreskonferenz beraten werden sollen.

Mangel an Aufklärung - die Hauptschwierigkeit Labours

Die Unsicherheit der Konservativen würde aber noch nicht genügen, der Labour Party in einer Neuwahl zum Erfolg zu verhelfen. Nach 13 Jahren einer konservativen Regierung, die mit einem völligen Fiasko auf ökonomischem und politischem Gebiet endete, ist es der Labour Party bis jetzt nicht gelungen, das Vertrauen ihrer Wählerschaft zu sichern, ja, den Enthusiasmus in den eigenen Reihen aufrecht zu erhalten. Für diese Enttäuschung der Wähler sind vor allem vier Ursachen verantwortlich:

- \* Es wird von allen Teilen der Bevölkerung noch immer nicht erkannt, wie groß das Fiasko war, das die Regierung Wilson besonders im wirtschaftlichen Sektor zu übernehmen hatte, zumal sie es bis jetzt unterließ, die Öffentlichkeit immer wieder auf das Ausmaß der Katastrophe hinzuweisen.
- \* Die Verschlechterung der außenpolitischen Situation, die zu kriegerischen Auseinandersetzungen von Ländern führte, die Mitgliedstaaten des Commonwealth sind.
- \* Der Mangel an einer eigenen Tageszeitung.
- \* Die Erziehung des britischen Menschen zur individuellen Persönlichkeit, die wohl das Bewußtsein der Freiheit in den Vordergrund

\* stellt, die aber ohne Kontrolle in Disziplinlosigkeit ausartet.

Besonders auf politischem Gebiet, und auch außerhalb der Labour Party führt der Mangel an Disziplin zu grotesken Situationen; aber bei der geringen Majorität der Regierung, die im Augenblick nur eine Stimme beträgt, kann sie ein einzelner Abgeordneter - und ein Fraktionsmitglied sprach die Drohung aus - zu Fall bringen. Derartige "Individualisten" gibt es auch auf dem rechten Flügel Labours.

#### Lib.-Lab.-Verbindung

Diese politischen Mixer der Unterhausfraktion, die eine Zusammenarbeit der Liberalen mit der Labour Party anstreben, würden erreichen, daß die Labour Regierung zwar bis auf weiteres im Amt verbliebe, aber unter die Kontrolle der Liberalen geriete. Der in diesen Tagen stattfindende Parteitag wird zu einer Klärung der Situation führen. Nach größten Anstrengungen haben die Liberalen in diesem Parlament 10 Sitze erobert. Sie wissen, daß es ihnen als Zünglein an der Waage gelingen könnte, die Labour Regierung zu Fall zu bringen; sie wissen aber auch, daß ihnen eine Neuwahl nur Unheil bringen kann. Von den drei Millionen Wählern, die im Vorjahre für sie stimmten, waren mindestens die Hälfte konservative Wähler, die mit ihrer Partei unzufrieden waren. Die nächsten Wahlen würden sie wieder zur alten Heimat zurückführen. Vor wenigen Tagen hat Wilson zum Ausdruck gebracht, daß er über eine Zusammenarbeit mit den Liberalen erst dann nachdenken würde, wenn die Situation eine Klärung verlangte. Nach dem Ablauf der Parteitage wird der Ministerpräsident noch vor Beginn der neuen Session des Unterhauses eine Entscheidung getroffen haben.

#### Der Nationale Plan

Vor kurzen hat die Regierung der Öffentlichkeit einen "Nationalplan für Wohlstand" vorgelegt, der bis zum Jahre 1970 erfüllt sein soll. Er wurde noch so rechtzeitig bekanntgegeben, daß auch der Parteitag Labours Gelegenheit hat, über ihn zu diskutieren.

Bis 1970 soll die Gesamtproduktion Großbritanniens um 25 Prozent gesteigert werden, wodurch jährlich acht Milliarden Pfund Sterling Mehreinnahmen entstehen, die für den wirtschaftlichen, technischen und sozialen Aufbau Verwendung finden sollen. Der Plan fordert bis zu seiner Vollendung Opfer von allen Schichten der Bevölkerung. An der Ausarbeitung dieses wirklich gigantischen Werkes, unter der Leitung von George Brown, haben sich sowohl die Gewerkschaften als auch Wirtschaftsführer und industrielle Unternehmer, Theoretiker und Praktiker auf allen Gebieten beteiligt. Der Leitartikler der linken Wochenzeitschrift "New Statesman" beschreibt den Plan "als Teil einer Revolution für soziale Gerechtigkeit und industrielle Leistungsfähigkeit". Jo Grimond gibt ihm als Führer der Liberalen Partei vorsichtige Zustimmung.

Wie reagieren nun aber die konservativen Elemente? Zu ihnen müssen Manager und Direktoren gerechnet werden, die durch ihre Mitarbeit an der Planung gleichzeitig ihre Zustimmung gaben. Anders reagierte die Parteispitze. Ted Heath, lächelnder Oppositionsführer, nennt den Plan bereits einen Tag vor Veröffentlichung eine "Reklamespielerei". Iain Macleod, Mitglied des Tory Schattenkabinetts, behauptet: "Vieles an dem Plan sei nichts weiter als ein sozialistisches Manifest", und sein Kollege Quintin Hogg beklagt, daß das Dokument "nicht sozialistisch" sei. Harold Wilson gibt dem Plan "die Chance eines Durchbruchs" aus der schwierigen Lage, in der sich die britische Ökonomie befindet. Der Ministerpräsident und seine Regierung glauben, daß dieser Durchbruch gelingen wird, wenn alle Teile der Bevölkerung bereit sind, den Plan zu erfüllen.